



**Haushalt 2012;
Zweiter Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im
Rechnungsjahr 2011
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Der Verwaltungsausschuss wurde in seiner Sitzung am 18.07.2011 mit einem ersten Zwischenbericht über die finanzielle Entwicklung unterrichtet (KT-Drucksache Nr. VIII-0339). Gegenüber diesem Zwischenbericht ergeben sich im Ergebnishaushalt Verbesserungen bei den Sachkostenbeiträgen und bei den Gebühren der Unteren Verwaltungsbehörden von zusammen ca. 0,23 Mio. EUR. Verschlechterungen ergeben sich bei den Bußgeldern in Höhe von ca. 0,3 Mio. EUR. Bei der Produktgruppe 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB VII im Bereich der Eingliederungshilfe sind zusätzliche Nettoaufwendungen von ca. 1,4 Mio. EUR zu erwarten. Hochgerechnet auf das Jahresende ist in der Produktgruppe 31.10 mit einem höheren Zuschussbedarf von ca. 1,9 Mio. EUR zu rechnen. Bei Produktgruppe 31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II ergeben sich weitere ungedeckte Mehraufwendungen in Höhe von ca. 0,3 Mio. EUR. Bis zum Jahresende 2011 ist in diesem Bereich mit einem gegenüber dem Haushaltsplan höheren Zuschussbedarf von ca. 1,5 Mio. EUR zu rechnen. Bei der Jugendhilfe liegt der Zuschussbedarf bis zum Jahresende voraussichtlich um ca. 1,7 Mio. EUR über dem Planansatz.

So muss nach der aktuellen Prognose im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von ca. 2,3 Mio. EUR gerechnet werden.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Mit KT-Drucksache Nr. VIII-0339 vom 01.07.2011 wurde dem Verwaltungsausschuss mit einem ersten Bericht ein Überblick über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung im

Jahr 2011 gegeben. Die Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen für den Zeitraum Januar bis September ist in der Anlage dargestellt. In den verbleibenden Monaten sind größere Abweichungen insbesondere bei den sozialen Leistungen noch möglich.

2. Stand der Haushaltsrechnung

2.1 Ergebnishaushalt

Nach dem Stand der Haushaltsrechnung Ende September 2011 ergeben sich folgende Entwicklungen bei den wesentlichen Erträgen und Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr:

2.1.1 Produktgruppe 61.10 Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach der Mai-Steuerschätzung wird der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise voraussichtlich 450 EUR je Einwohner betragen (bisher 443 EUR). Zusammen mit einer Abschlusszahlung für das Jahr 2010 in Höhe von 0,5 Mio. EUR führt dies zu Mehrerträgen bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR. Nach der November-Steuerschätzung können sich noch Änderungen ergeben.

2.1.2 Produktgruppe 61.10 Grunderwerbsteuer

Die positive Wirtschafts- und Konjunktorentwicklung der vergangenen Monate führt zu Mehrerträgen bei der Grunderwerbsteuer gegenüber dem Vorjahr von ca. 1,5 Mio. EUR. Nach der aktuellen Prognose liegt das Gesamtaufkommen 2011 weiterhin bei ca. 11,5 Mio. EUR. Das sind 0,5 Mio. EUR mehr als veranschlagt.

2.1.3 Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 4,7 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren um 0,3 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 2,2 Mio. EUR voraussichtlich lediglich ca. 1,7 Mio. EUR (2010: 1,7 Mio. EUR) erzielt werden.

2.1.4 Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen (Haushaltsansatz: 39,3 Mio. EUR) kann voraussichtlich mit Wenigeraufwendungen von 0,4 Mio. EUR gerechnet werden.

2.1.5 Soziale Leistungen

Nach dem derzeitigen Stand wird bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich ein höherer Zuschussbedarf von ca. 5,0 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

a) Produktgruppe 31.10 – Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

- Produkt 31.10.01 – Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege entwickelt sich im Rahmen des Planansatzes. Es bestehen weiterhin Bearbeitungsrückstände. Eine große Einrichtung

hat rückwirkend ab 2007 Nachzahlungen im stationären Bereich geltend gemacht. Die Rechnungen müssen einzeln geprüft werden. Ob und in welcher Höhe dadurch tatsächlich Mehraufwendungen entstehen, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

- Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Das Einsparziel konnte bisher nicht erreicht werden. Die Stellenbesetzung der beiden Fallmanager bzw. der Erstberatungsstelle hat sich schwierig gestaltet. Eine Stelle wurde zum 01.07., die andere zum 01.10. besetzt.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum BAföG haben auch behinderte Menschen in Einrichtungen bei notwendiger auswärtiger Unterbringung Anspruch auf BAföG-Leistungen. Das Wirtschaftsministerium hat inzwischen den anspruchsberechtigten Personenkreis per Erlass deutlich eingeschränkt. Gegebenenfalls müssen neue Klageverfahren eingeleitet werden. Mit der Aufarbeitung der Fälle wurde begonnen. In der Prognose wurden einmalige Mehrerträge in Höhe von rund 0,75 Mio. EUR berücksichtigt. Diese Mehrerträge werden die Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe nicht kompensieren können. Die Anstrengungen zur Erreichung der Einsparziele gehen unvermindert weiter.

- Produkt 31.10.05 – Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Steigende Unterkunftskosten, auch durch die Rechtsprechung und Mieterhöhungen der GWG sowie den neuen Mietspiegel der Stadt Reutlingen wirken sich kostensteigernd aus.

- Andere soziale Hilfen der Produktgruppe 31.10

Bei den Hilfen zur Gesundheit (31.10.03) sind 235.000 EUR Mehraufwendungen für Nachberechnungen bei der Krankenhilfe innerhalb der Hochrechnung berücksichtigt.

- b) Produktgruppe 31.20 – Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II lag bis zur Jahresmitte über dem im Haushalt 2011 angestrebten Zielwert von unter 6 000. Seither bewegen sie sich leicht darunter. Eine deutliche Unterschreitung der BG-Zahl von 6.000 ist trotz guter Konjunktur nicht zu erwarten.

Bei den Kosten der Unterkunft sind ab der Jahresmitte weitere Steigerungen eingetreten. Aufgrund eindeutiger Rechtsprechung mussten die angemessenen Unterkunftskosten (Mietobergrenzen) zum 01.09. erhöht werden. Dies führt zu Kostensteigerungen, die noch nicht genau beziffert werden können.

In der Hochrechnung wurden hierfür 500.000 EUR eingerechnet.

Weiterhin kann noch nicht prognostiziert werden, wie sich das Bildungs- und Teilhabepaket auswirkt. Vom Gesetzgeber ist Kostenneutralität vorgesehen. Aktuell stehen die vom Bund vorgeleisteten Erstattungen (ca. 2,2 Mio. EUR) in einem Missverhältnis zu den bisher ausbezahlten Leistungen (ca. 277.000 EUR). Die Bildungs- und Teilhabeleistungen sind zeitverzögert angelaufen und die Abrechnungen der Anbieter gehen erst rückwirkend ein.

c) Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die geplanten Einsparungen von 500.000 EUR können in diesem Jahr nicht erzielt werden, da gemeinsame Gespräche mit den Leistungserbringern zu den Kosten einer Fachleistungsstunde ergebnislos verlaufen sind. Nun wird mit jedem einzelnen Träger auf der Grundlage einer konkreten Kalkulation ein Stundensatz verhandelt. Dieses wird sich jedoch erst im Jahr 2012 auswirken, da die in den Verträgen vereinbarten Stundensätze bis zum 31.12.2011 gültig sind.

Die Reduzierung von Fallzahlen im stationären Bereich wurde erreicht. Aufgrund der Komplexität der Fälle wurden aber in Einzelfällen höhere Kosten verursacht, so dass auch hier die geplante Einsparung von 500.000 EUR bisher nicht erzielt werden konnte.

Bei der Tagespflege ist weiterhin eine starke Inanspruchnahme zu verzeichnen, um die gesetzliche Vorgabe zu erreichen. Dieses führt zu Aufwandssteigerungen im Tagesbetreuungsbereich. Der im Juli berichtete Fallzahlenanstieg hat sich fortgesetzt. Die Entwicklung der Kosten zeigt derzeit eine voraussichtliche Planüberschreitung von ca. 550.000 EUR. Die Ausdifferenzierung der Angebotsvielfalt konnte aufgrund der noch bis Jahresende bestehenden Kooperationsvereinbarung nicht umfassend umgesetzt werden und wird daher erst mittelfristig zum Ziel führen. Auch der Umorganisationsprozess im Jugendamt wird erst ab 2012 seinen Niederschlag finden. Die Stellen wurden besetzt, die neuen Teams befinden sich mitten in der Umsetzung.

2.1.6 Produktbereich 54 Winterdienst

Durch den strengen Winter 2010/2011 fallen im Bereich des Winterdienstes (Streusalz, Unternehmerleistungen, Fahrzeuge und Geräte) insgesamt Mehraufwendungen in Höhe von ca. 800.000 EUR an. Hiervon beträgt der Bundesanteil ca. 40 % und der Landesanteil ca. 35 %. Der Kreisanteil beläuft sich auf ca. 25 %. Diese Aufwendungen werden dem Gemeinschaftsaufwand zugerechnet. Bundes- und Landesanteil müssen vom Landkreis vorfinanziert werden.

2.1.7 Produktgruppe 61.20 Globaler Minderaufwand

Bei einer konsequenten Umsetzung der von den Ämtern gemachten Vorschläge ist eine Erwirtschaftung des veranschlagten Minderaufwandes in Höhe von 1,545 Mio. EUR erreichbar.

2.2 Finanzhaushalt

2.2.1 Produktgruppe 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Für den Ankauf und Umbau eines Objektes für eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Spätaussiedlern wird eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 520.000 EUR notwendig. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in Form von pauschalen Erstattungen vom Land für die Flüchtlingsaufnahme (siehe KT-Drucksache Nr. VIII-0342).

2.2.2 Produktgruppe 21.30 Neubau Kaufmännische Schule Bad Urach

Nach dem Stand der Baumaßnahme und dem aktuellen Mittelabflussplan kommen von den eingeplanten 6,8 Mio. EUR bis Ende 2011 lediglich 4,4 Mio. EUR zur Auszahlung. Die Baumaßnahme wurde mit einem Teil der Baukosten bereits in das Schulbauförderprogramm 2011 aufgenommen. Ein Bewilligungsbescheid über einen nicht eingeplanten Landeszuschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR liegt vor. Hiervon konnten bisher 0,2 Mio. EUR abgerufen werden. Entsprechend dem Baufortschritt werden weitere Mittel angefordert.

2.2.3 Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser

Die für den Neubau der Bettenhäuser Süd A und B veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 8,9 Mio. EUR wurden bereits vollständig als Trägerzuschuss an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH ausbezahlt. Die nächsten Auszahlungen erfolgen Anfang 2012.

Für die Einrichtung der Altersmedizin in der Ermstaklinik Bad Urach wurden im Haushalt 2011 0,5 Mio. EUR eingeplant und ebenfalls bereits vollständig als Trägerzuschuss ausbezahlt. Nach Abrechnung dieser Maßnahme müssen vom Landkreis noch weitere Trägerzuschüsse geleistet werden. Da durch die Umstellung auf die kommunale Doppik 2010 keine Haushaltsreste gebildet werden, sind die noch erforderlichen Mittel im Haushalt 2012 (Änderungsliste) noch zu veranschlagen.

3. Liquidität

Die Liquidität war in den ersten fünf Monaten sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung bereits Anfang des Jahres langfristige Kredite in Höhe von insgesamt 11,7 Mio. EUR aufgenommen. Eine weitere Kreditaufnahme in Höhe von 5,0 Mio. EUR erfolgt Ende Oktober. Zusätzlich werden bis Ende des Jahres voraussichtlich Kreditaufnahmen bis ca. 8,0 Mio. EUR erforderlich. Damit wären die Kreditermächtigungen der Jahre 2010 und 2011 vollständig ausgeschöpft. Die Entwicklung der Liquidität des Landkreises in den Jahren 2010 und 2011 ist aus Anlage 2 ersichtlich.

4. Vorausschau

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung (Ende September 2011) muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von ca. 2,3 Mio. EUR gerechnet werden, wie die beiliegende Anlage zeigt.